



Dr. Lars Peter Schmidt ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau und Landesbeauftragter für die Russische Föderation.



Johann C. Fuhrmann ist Trainee im Auslandsbüro Moskau. Er studierte Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Sciences Po Paris und der London School of Economics.

NICHTREGIERUNGS- ORGANISATIONEN IN RUSSLAND

ZUR SITUATION EIN JAHR NACH PUTINS AMTSANTRITT

Lars Peter Schmidt / Johann C. Fuhrmann

Ein Jahr ist seit dem erneuten Amtsantritt von Wladimir Putin vergangen. Die von ihm angekündigte Öffnung des politischen Systems blieb jedoch aus. Im Gegenteil, der russische Staat versucht vehement, seinen Einfluss auf die Gesellschaft weiter auszubauen und demokratische Spielräume einzuengen, um Kritik aus dem Inland und politische Einflussnahme aus dem Ausland zu unterbinden. Damit schadet der Kreml nicht nur der russischen Zivilgesellschaft und der politischen Opposition, sondern er isoliert sich zunehmend auch von seinen politischen Partnern im Westen.

Bei der gemeinsamen Eröffnung der Hannover-Messe im April war die Stimmung zwischen Wladimir Putin und Angela Merkel sichtlich angespannt. Der Kritik von Außenminister Guido Westerwelle waren deutliche Worte der Bundeskanzlerin gefolgt: Beide kritisierten die Razzien der russischen Behörden bei Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Russland als „inakzeptabel“. Von den Überprüfungen waren auch die Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung betroffen. Dabei handelte es sich keineswegs um Einzelfälle. Nach Angaben russischer Medienvertreter wurden zwischen Anfang März und Ende April 2013 mindestens 256 NGOs in 55 der 83 Regionen Russlands durch russische Behörden untersucht. Hierzu zählten auch Partnerorganisationen der deutschen Stiftungen, wie die Menschenrechtsorganisation Moskauer Helsinki-Gruppe und Memorial, eine Organisation, die sich um die Aufklärung von Gewaltverbrechen der Stalinzeit bemüht und sich für die Rechte politischer Minderheiten engagiert.

Im Kreml tut man sich offenbar schwer im Umgang mit der veränderten politischen Stimmung in Russland, die ihren Ausdruck in den Protesten der neuen russischen Mittelschicht fand, die sich im Kontext der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vor einem Jahr ereigneten. Seit diesem Zeitpunkt stehen auch Nichtregierungsorganisationen zunehmend unter dem Druck des Kremls. So hatte etwa die russische Organisation Golos (Stimme) mit massiver finanzieller Unterstützung durch die USA über Wahlfälschungen berichtet, was von Seiten der russischen Regierung als Einflussnahme des Auslands interpretiert wurde. In der Folge wurde auch USAID, die amerikanische Behörde für Entwicklungszusammenarbeit, im September 2012 des Landes verwiesen. Das russische Außenministerium hatte diesen Schritt mit politischer Einmischung durch die Organisation begründet, die auch zur Beeinflussung von Wahlen beigetragen habe. Das US-Hilfsprogramm war seit 1991 in Russland tätig, investierte rund 2,1 Milliarden Euro in zivilgesellschaftliche Projekte und förderte mit diesen insbesondere die politische Opposition. Im Kreml und im Staatsfernsehen macht man den Westen, insbesondere die USA, als Initiatoren für die politischen Proteste des vergangenen Jahres verantwortlich.

Nichtregierungsorganisationen stehen zunehmend unter dem Druck des Kremls. USAID wurde im September 2012 aus Russland verwiesen.

KLEINE REFORMEN, GROSSE RÜCKSCHRITTE

Nachdem es Ende 2011 zu ersten Protesten der urbanen Mittelschicht in Moskau und St. Petersburg gekommen war, versprochen Putin und Medwedew den Bürgern eine zunehmende Integration in politische Entscheidungsprozesse. Statt eines Programms hatte Putin im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen nacheinander sieben Aufsätze veröffentlicht, die sich auch mit den politischen Anliegen der Protestbewegung befassten. Innenpolitisch versprach er Reformen, um den gesellschaftlichen Einfluss der Zivilgesellschaft zu stärken.

Die russische Gesellschaft sei nicht mehr die gleiche wie noch vor zehn Jahren, so Putin. Unter seiner und Medwedews Führung sei eine Mittelschicht entstanden, die zunehmend politische Teilhabe verlange. Diesem Wunsch müsse und werde man nachkommen und entsprechende Mechanismen entwickeln, so Putin in seinem Aufsatz über

„Demokratie und Staatspolitik“, der im Februar letzten Jahres erschien. Daraufhin wurde die Wiedereinführung von Regionalwahlen beschlossen, die 2012 erstmals seit acht Jahren in einigen Föderationssubjekten durchgeführt wurden. Auch die Neugründung politischer Parteien wurde erheblich erleichtert. Für die Neuzulassung werden nur noch mindestens 500 Mitglieder verlangt – zuvor waren es 40.000. Doch nach dem Amtsantritt folgte eine Reihe von Gesetzen, die eine zunehmende staatliche Kontrolle zivilgesellschaftlicher Prozesse zum Ziel haben: So wurde etwa der Straftatbestand der Verleumdung, bezogen auf Äußerungen in politischen Kommentaren, wieder eingeführt und mit 500.000 Rubel (etwa 12.500 Euro) be-

Im September 2012 hat die russische Staatsduma ein Gesetz verabschiedet, das die Definition und das Strafmaß für Landesverrat und Spionage verschärft.

legt. Ebenso wurde das Versammlungs- und Demonstrationsrecht verschärft. Im September 2012 hat die russische Staatsduma ein Gesetz verabschiedet, das die Definition und das Strafmaß für Landesverrat und Spionage verschärft. Im Falle einer Verurteilung drohen nun zwölf bis 20 Jahre Haft. Dadurch, dass die zentralen Begriffe der Gesetze sehr ungenau oder gar nicht definiert werden, wird zusätzlich Unsicherheit erzeugt.

VERSCHÄRFTES VORGEHEN GEGEN NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN

Bereits im Juni 2012 wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach sich Nichtregierungsorganisationen, die Geld aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ registrieren lassen müssen – ein Begriff, der im Russischen mit Spionage gleichzusetzen ist. Die Wortwahl wurde aus diesem Grund auch vom russischen Justizminister Alexander Konowalow kritisiert. Das im November in Kraft getretene Gesetz schreibt den NGOs vor, ihre Bilanzen und Finanzquellen zu veröffentlichen. Doch bereits das seit 2006 gültige Gesetz verpflichtete russische NGOs, die Geld aus dem Ausland erhalten, zu regelmäßigen Finanzberichten über Einnahmen und Ausgaben. Auch ausländische NGOs, wie die Politischen Stiftungen, mussten vierteljährlich Finanzberichte beim Justizministerium einreichen sowie eine externe Wirtschaftsprüfung vornehmen lassen. Kritiker gehen daher davon aus, dass das Ziel der Gesetzgebung nicht eine gesteigerte Transparenz ist. Vielmehr geht es darum, NGOs, die Geldmittel aus dem Ausland erhalten, zu diskreditieren

und als Vertreter westlicher Interessen darzustellen, die den Anliegen Russlands widersprechen. In der Folgezeit war keine seriöse Organisation bereit, sich im Sinne des Gesetzes als „Agent“ einstufen zu lassen. Nachdem Putin vor Vertretern der russischen Staatsbehörden eine strikte Umsetzung des Gesetzes einforderte, folgten Untersuchungen bei zahlreichen NGOs. Hierunter fielen dann auch die Überprüfungen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau und der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Petersburg. Bei der Rechtfertigung des Vorgehens berufen sich offizielle russische Stellen auf den Foreign Agents Registration Act, ein US-amerikanisches Gesetz aus dem Jahre 1938, das den russischen Bestimmungen als Vorlage gedient habe. Das amerikanische Gesetz war in der Vorkriegszeit beschlossen worden und nicht gegen sämtliche Nichtregierungsorganisationen in den USA, sondern explizit gegen Agententätigkeit gerichtet. Zu Massenuntersuchungen, wie diese von den russischen Behörden seit März vorgenommen werden, war es in den USA auf Grundlage dieses Gesetzes nie gekommen.

Bei der Rechtfertigung des Vorgehens berufen sich offizielle russische Stellen auf den Foreign Agents Registration Act, ein US-amerikanisches Gesetz aus dem Jahre 1938.

Gerade da Politische Stiftungen und NGOs seit Jahrzehnten einen festen Bestandteil der deutsch-russischen Beziehungen darstellen, stießen die Razzien auf heftige internationale Kritik. Dabei unterhält auch die russische Regierungspartei eine parteinahe Stiftung, die im In- und Ausland aktiv ist. Das Zentrum für sozial-konservative Politik verfügt neben seiner Moskauer Zentrale nach eigenen Angaben über 20 regionale Büros und Konferenzzentren in Russland. Das Europabüro der Stiftung hat seinen Sitz in Berlin. Ein Auslandsbüro in Singapur ist für Projekte im asiatischen Raum zuständig.

Auf die Überprüfungen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Beschlagnahmungen der Computer bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Petersburg wurde in Deutschland schnell reagiert. Nach Intervention des deutschen Außenministers und der Einladung des Russischen Gesandten zu einem Gespräch im Auswärtigen Amt wurden der Konrad-Adenauer-Stiftung ihre Computer einen Tag später zurückgegeben und das Verfahren eingestellt. Doch auch die deutliche internationale Kritik konnte das Vorgehen gegen russische NGOs nicht stoppen. Ende April entschied

ein Moskauer Gericht, dass sich die Wahlbeobachterorganisation Golos als ausländischer Agent registrieren lassen müsse. Dabei hatte Golos seit der Verabschiedung des Gesetzes kein Geld mehr aus ausländischen Quellen erhalten. Doch der Organisation war 2012 der mit 50.000 Euro dotierte Andrei Sacharow-Preis des Norwegischen Helsinki-Komitees zugesprochen worden. Die Tatsache, dass Golos das Preisgeld zurückgab, war für die Urteilsfindung des Gerichts offenbar nicht von Belang.

Das Vorgehen gegen die NGOs hat in der russischen Zivilgesellschaft viel Verunsicherung verursacht. Organisationen können nun keine finanzielle Unterstützung aus dem Ausland mehr annehmen, ohne sich als Agenten registrieren zu lassen.

Der Kreml hat zwar Finanzmittel zur Unterstützung von NGOs in Aussicht gestellt, aber es wird befürchtet, dass das Geld ausschließlich kremlinahen Organisationen zugute kommen wird.

Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen wird die Ablehnung ausländischer Zahlungen vielen NGOs nicht möglich sein. Der Kreml hat zwar Finanzmittel zur Unterstützung von NGOs in Aussicht gestellt, aber es wird befürchtet, dass das Geld ausschließlich kremlinahen Organisationen zugute kommen wird. Das Agentengesetz, das sich eigentlich gegen politisch aktive, russische NGOs richtet, die Geld aus dem Ausland erhalten, wird von den staatlichen Behörden sehr undurchsichtig umgesetzt, was zusätzlich zu Irritationen führt. Im Falle der deutschen Politischen Stiftungen handelt es sich beispielsweise gar nicht um russische Organisationen. Die deutschen Stiftungen sind als Filialen ausländischer NGOs beim russischen Justizministerium registriert und stellen somit keine juristischen Personen im Sinne des Agentengesetzes dar. Im Kontext des Gesetzes wurde beispielsweise auch die Caritas in St. Petersburg überprüft, die sich mit Sozialprojekten etwa für Obdachlose und Straßenkinder einsetzt. Die Einstufung der Caritas als „politisch aktive“ NGO ist abwegig. Der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin äußerte bereits die Befürchtung, dass die Arbeit für die meisten NGOs viel schwieriger werden wird, da sie mehr denn je unter staatlicher Kontrolle stehen.

Durch ständige Veränderungen der Vorschriften und Regelungen wird auch die Entsendung ausländischer Mitarbeiter für NGOs, Politische Stiftungen und Wissenschaftsverbände immer schwieriger. Derzeit wird eine neue Regelung

erarbeitet. Ausländische NGO-Mitarbeiter sollen sich zukünftig auf eine Quote für ausländische Arbeitskräfte in Russland bewerben. Nach erfolgreicher Zuteilung einer solchen Quote kann die notwendige Arbeitserlaubnis beantragt werden. Dieser Prozess ist mit aufwendigen medizinischen Untersuchungen verbunden und muss jährlich erneuert werden. Zusätzlich muss auch noch eine Aufenthaltsgenehmigung beim Migrationsdienst der Russischen Föderation beantragt werden, die ebenfalls nur für ein Jahr Gültigkeit besitzt. Kritiker befürchten, dass das neue Verfahren die Ablehnung ausländischer NGO-Mitarbeiter erheblich erleichtern könnte. Im Falle einer Ablehnung könnte sich der russische Staat auf die erfolglose Bewerbung des Mitarbeiters auf die Quote für ausländische Arbeitskräfte berufen, anstatt politische Motive als Begründung anzuführen. Bereits Ende letzten Jahres war es aufgrund ungeklärter Zuständigkeiten bei den russischen Behörden zu Problemen bei der Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen der Mitarbeiter der deutschen Stiftungen gekommen. Nach einer Intervention gelang es jedoch, im Zuge einer Sonderregelung die entsprechenden Genehmigungen für ein Jahr zu verlängern. Insgesamt hat sich der Status für ausländische NGOs mit entsandten Mitarbeitern deutlich verschlechtert.

Bereits Ende letzten Jahres war es zu Problemen bei der Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen der Mitarbeiter der deutschen Stiftungen gekommen.

NAVALNY-PROZESS UND JUSTIZREFORM

Nicht nur NGOs werden zunehmend unter Druck gesetzt. Der Kreml geht auch verstärkt gegen Oppositionspolitiker vor. Gegen Alexey Navalny, der als eine führende Persönlichkeit der Protestkundgebungen gilt, wurde aufgrund eines angeblichen Korruptionsskandals ein Gerichtsverfahren in der Stadt Kirow eröffnet. Navalny wird vorgeworfen, 2009 seine Anstellung als Berater des Gouverneurs von Kirow ausgenutzt und durch dubiose Geschäfte beim Handel mit Holz 16 Millionen Rubel, umgerechnet etwa 400.000 Euro, unterschlagen zu haben. Ein Großteil der russischen Bevölkerung vermutet politische Motive als Grund für den Prozess. Bei einem mehr als vierstündigen TV-Auftritt Ende April betonte Putin, dass er sich sicher sei, dass ein objektives Urteil im Prozess gegen Navalny gefällt werde. Wer gegen Korruption kämpfe, der müsse selber sauber sein, so Putin. Beinahe zeitgleich mit der Eröffnung des Verfahrens

wurde in der russischen Staatsduma ein Gesetz verabschiedet, das Straftätern die Kandidatur in Präsidentschaftswahlkämpfen untersagt. Im Falle einer Verurteilung, auch einer Bewährungsstrafe, wäre Navalny somit von einer zukünftigen Kandidatur gegen Putin ausgeschlossen. Navalny hatte zahlreiche Korruptionsskandale russischer Politiker aufgedeckt und die Fälle im Internet veröffentlicht. Bei der Wahl eines Oppositionsrates, an der sich Ende Oktober 2012 über 170.000 Bürger beteiligten, hatte Navalny die meisten Stimmen erhalten. Navalny war Mitglied der liberalen Jabloko-Partei, wurde später jedoch aufgrund extrem rassistischer Äußerungen ausgeschlossen. Sein politischer Spagat zwischen liberalen und rechtsradikalen Ansichten ließe sich kaum zu einem kohärenten, mehrheitsfähigen Programm vereinen. Der Prozess offenbart somit nicht zuletzt die zunehmende Ungeduld der politischen Machthaber im Kreml, die derzeit entschlossen gegen innenpolitische Kritiker vorgehen.

Russische Verfassungsrichter blicken mit wachsender Sorge auf die momentane Entwicklung des Rechtssystems. Die Rechtssicherheit für Unternehmen und Privatpersonen war in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Doch in den vergangenen Monaten kam es vermehrt zu Urteilen, denen eine politische Motivation nachgesagt wird. So kamen erneut auch in Russland Zweifel an der Unabhängigkeit der Gerichte im Zusammenhang mit dem Navalny-Prozess auf. Wachsende Kritik wird auch an einer geplanten Justizreform geäußert. Es wird diskutiert, die drei obersten Gerichte des Landes zusammenzufassen und nach St. Petersburg zu verlagern. Da sich das Oberste Gericht, das Oberste Wirtschaftsgericht und das Verfassungsgericht mit sehr unterschiedlichen Problemstellungen befassen, ist ungewiss, ob eine Zusammenlegung dieser Instanzen aus juristischer Perspektive überhaupt zweckmäßig ist. Kritiker sehen die Gefahr, dass die Sonderstellung des Verfassungsgerichtes marginalisiert werden könnte. Aufgabe des Gerichtes ist es, die Verfassungskonformität von Gesetzen und Rechtsnormen zu prüfen. Um Korruption bei Gerichtsverfahren zu verhindern, wird auch über die Schaffung eines „föderalen Dienstes zum Schutz der Gerichte“ nachgedacht, der Richter vor äußerer Einflussnahme und Drohungen absichern soll.

WACHSENDE SPANNUNGEN ZWISCHEN MOSKAU UND WASHINGTON

Außenpolitisch geht es Russland besonders darum, Stärke und Handlungsfähigkeit zu beweisen. In diesem Zusammenhang ist auch die Aufkündigung des Nunn-Lugar-Programms mit den USA im letzten Oktober zu verstehen. Seit 1991 waren durch das durch die USA finanzierte Projekt veraltete biologische, chemische und atomare Waffen entsorgt worden. Nach eigenen Angaben war dem US-Außenministerium von russischer Seite mitgeteilt worden, dass man zur Entsorgung keiner ausländischen Hilfe mehr bedürfe.

Die Spannungen zwischen Russland und den USA haben sich in den vergangenen Monaten zunehmend verschärft, als Washington und Moskau begannen, sich gegenseitig mit Gesetzen zu provozieren. Aus den USA wurde zunehmend Kritik an Menschenrechtsverletzungen geäußert, die in der Unterzeichnung des Magnitski Act durch US-Präsident Obama im Dezember 2012 gipfelten. Der Anwalt Magnitski hatte in Russland für eine US-amerikanische Kanzlei gearbeitet und war aufgrund angeblicher Steuervergehen festgenommen worden, nachdem er einen Korruptionsskandal staatlicher Stellen aufgedeckt und öffentlich gemacht hatte. Nach fast einem Jahr in Untersuchungshaft starb Magnitski im November 2009. Offenbar war er zuvor von russischen Beamten misshandelt worden. Die russische Justiz stellte ihre Ermittlungen ergebnislos ein. Als Antwort hierauf wurde der Magnitski Act beschlossen, der 18 verdächtigen Personen, darunter 15 Russen, die Einreise in die USA verbietet.

Aus den USA wurde zunehmend Kritik an Menschenrechtsverletzungen geäußert, die in der Unterzeichnung des Magnitski Act durch US-Präsident Obama im Dezember 2012 gipfelten.

Die Antwort aus dem Kreml erfolgte prompt: Russland kündigte das Adoptionsabkommen mit den USA auf. Der Beschluss ist inoffiziell nach Dima Jokovlev benannt, einem russischen Kleinkind, das in den USA starb, nachdem es bei großer Hitze unbeaufsichtigt im Auto zurückgelassen wurde. Der Adoptivvater war von einem US-Gericht freigesprochen worden. Das Adoptionsverbot für US-Amerikaner wurde jedoch auch von einer Vielzahl der Russen als inadäquate Antwort auf den Magnitski Act aufgefasst. Nach offiziellen Angaben leben mehr als 100.000 russische

Waisenkinder in Heimen – oft unter schlechten Bedingungen. Putin nutzt die anti-amerikanische Einstellung der Bevölkerung, um innenpolitisch zu punkten. Von einem konstruktiven Dialog sind beide Seiten momentan weit entfernt.

EINIGES RUSSLAND?

Innerhalb der Regierungspartei werden mittlerweile Stimmen laut, die die Entwicklungen der vergangenen Monate kritisieren. Das Parlament scheint jedoch zunehmend an politischer Einflussnahme zu verlieren – die Ministerien ebenfalls. Medwedew spielt politisch kaum mehr eine tragende Rolle. Treffen mit Putin scheint es nur noch sehr selten zu geben. Scharfe Kritik an Medwedew und seiner Regierungsmannschaft wurde zuletzt bei seiner Rede vor dem Parlament am 17. April 2013 laut. Insbesondere die wirtschaftliche und bildungspolitische Arbeit der Regierung

Die russische Wirtschaft ist auch weiterhin sehr stark auf den Rohstoffexport angewiesen. Die bisherigen Konzepte einer wirtschaftlichen Diversifikation zeigen wenig Erfolg.

wurde von den Parlamentariern als mangelhaft angeprangert. Die Wachstumszahlen für das laufende Jahr wurden bereits mehrfach nach unten korrigiert – von fünf Prozent auf nunmehr 2,4 Prozent. Die russische Wirtschaft ist auch weiterhin sehr stark auf den Rohstoffexport angewiesen. Diese Abhängigkeit erhöht die Gefahr wirtschaftlicher Rezessionen im Falle sinkender Energiepreise auf dem Weltmarkt. Die bisherigen Konzepte einer wirtschaftlichen Diversifikation zeigen wenig Erfolg. Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang auch ein Korruptionsskandal um das unter Präsident Medwedew errichtete Innovationszentrum Skolkovo, das eine russische Version des amerikanischen Silicon Valley werden soll. Im Februar wurde bekannt, dass zwei Offizielle 23,8 Millionen Rubel, etwa 600.000 Euro, beim Bau des Zentrums unterschlagen haben sollen.

In der russischen Politik zeichnet sich zunehmend ein Generationenkonflikt ab: Die alten Eliten, die von der Sowjetzeit geprägt sind, schüren zunehmend anti-westliche und anti-amerikanische Ressentiments. Die junge Generation der russischen Politiker ist dem Westen, insbesondere Deutschland und Europa gegenüber, offener eingestellt als die momentanen Machthaber. Bei ihnen reift das Bewusstsein, dass Russland die Kooperation mit Europa benötigt, um mit seinen 142 Millionen Einwohnern auch zukünftig ein

gewichtiger Spieler in der internationalen Politik zu sein. Nachdem die Protestwelle in den russischen Großstädten zum Erliegen gekommen ist, scheint die Macht der alten Eliten jedoch derzeit gesicherter als noch vor einem Jahr.

AUSBLICK

Aufgrund der politischen Entwicklung in Russland besteht wenig Hoffnung auf eine baldige Verbesserung in den Beziehungen zwischen Russland und seinen ausländischen Partnern. Nach dem Erliegen der russischen Protestbewegung scheint ein politischer Wandel nur aus dem System selbst heraus wahrscheinlich. Innerhalb der Regierungspartei gibt es reformorientierte Kräfte, mit denen ein partnerschaftlicher und konstruktiver Meinungs-austausch geführt werden sollte. Anknüpfungspunkte gibt es auch im Bereich des deutsch-russischen Rechtsstaatsdialoges, in dem sich auch die Konrad-Adenauer-Stiftung engagiert. Gerade auch aufgrund der wachsenden internen Kritik an den jüngsten Entwicklungen im russischen Justizsystem ist der Meinungs- und Ideenaustausch in diesem Bereich von wachsender Bedeutung. Inwiefern das Stigma der vom Kreml initiierten Kampagne gegen NGOs die Kooperation der deutschen Stiftungen mit ihren russischen Partnern langfristig beeinträchtigen wird, bleibt abzuwarten.

Mit dem momentanen Vorgehen schadet der Kreml nicht nur der eigenen Zivilgesellschaft und der demokratischen Entwicklung des Landes, sondern er irritiert auch zunehmend seine Partner. Die politische Opposition ist jedoch derzeit – auch aufgrund der Unterdrückung durch den Kreml – nicht in der Lage, politischen Profit aus den Repressionsmaßnahmen zu generieren. Es fehlt ihr nach wie vor eine einigende Führungspersönlichkeit, die die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Bewegung bündeln und zu einem mehrheitsfähigen politischen Programm fortentwickeln könnte. Viele Jugendliche wenden sich zunehmend enttäuscht von der Politik ab. Besonders die gebildeten Eliten konzentrieren sich auf die Akkumulation finanzieller Güter oder begeben sich auf die Suche nach einer beruflichen Anstellung im westlichen Ausland.